Morgen-Ausgabe
No. 127 — 58. Jahrgang

Berliner Volks-Zeitung

Erstes Beiblatt
Donnerstag, 17. März 1910

Der Etat des Auswärtigen Amtes im Reichstage.

59. Sitzung vom 16. März.
(Schluß.)

Staatssekretär **v. Schoen** rechtfertigt gegenüber den Ausführungen des Grafen Kanitz die Zustimmung Deutschlands zu den Anleihe-Verhandlungen zwischen Marokko und Frankreich und bestreitet gegenüber dem Abgeordneten Stresemann, daß im diplomatischen Dienst der Adel bevorzugt werde. Die von demselben Abgeordneten angeregte Errichtung verschiedener Konsulate, namentlich auch in Sibirien, sei bereits in Angriff genommen. Der Abg. Stresemann habe gestern vielerlei Beschwerden über unsere Konsulate im Auslande vorgebracht. Aber was werde nicht alles unseren Konsulaten zugemutet! Man betrachte sie oft als Rechtsauskunftsstellen, ja man erwarte von ihnen sogar, daß sie die Rechtsprechung im Auslande beeinflussen sollen! Der Staatssekretär macht Angaben über verschiedentliche Fälle solcher zuweitgehender Zumutungen. Der Abg. Kämpf habe eine Einwirkung auf Rußland gewünscht in bezug auf die Behandlung jüdischer Handlungsreisenden. Aehnliche Klagen, wie von diesen, seien auch von deutschen Aerzten jüdischer Konfession erhoben. Auf erfolgte Vorstellungen habe die russische Regierung geantwortet, eine Aenderung der Rassengesetzgebung sei in Vorbereitung, ehe aber die neuen Vorschriften in Kraft getreten seien, müsse es bei dem Bestehenden verbleiben. Der Staatssekretär erklärte dann gegenüber den Beschwerden des Abgeordneten Hanssen: ich lege Verwahrung dagegen ein, daß wir gegenüber Dänemark irgendwie die Vertragstreue verletzten. Wir sind immer und überall durchaus loyal in der Auslegung vertraglicher Verpflichtungen. Wenn die Behörden sich zu irgend welchen Maßnahmen veranlaßt sehen, so handeln sie sicherlich in der Ausübung ihres guten Rechts und unter dem Zwange der Notwendigkeit. Die Behörden weisen niemanden aus ohne gute Gründe. Das sollte niemand besser wissen als der Abg. Hanssen, dem ich wünschen kann, daß er seinen Pflichten als Bürger ebenso nachkäme wie die Behörden dies tun in der Abwehr deutschfeindlicher Bestrebungen. Endlich noch Herr v. Liebermann, er hat mir zu Unrecht nachgesagt, daß ich mir bei meinen Erklärungen in Sachen Mannesmann in der Kommission einen Widerspruch habe zu schulden kommen lassen. Ich habe den Eindruck, daß der Herr Abgeordnete mich persönlich angreifen und diskreditieren will. Er hat sich auf die Seite derjenigen gestellt, die dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes durch boshaften Klatsch und alberne Erfindungen den Makel undeutscher Gesinnung anheften wollen. Ich weise diese diese Verunglimpfungen von mir, und mit besonderem Nachdruck die Unterstellung, als werde mein Sinnen und Trachten und Tun von anderen Rücksichten bestimmt, als von der Rücksicht auf das Wohl des Vaterlandes.

Abg. **Arning** (Natl.) hofft, daß in einem Falle in Südafrika (Tschunkel u. Reichel) für die benachteiligten Deutschen alles nur Erreichbare herausgeholt werde. Wie steht es mit der Feststellung der Kongogrenze, und wie mit der Verlängerung der Suez-Kanal-Kommission? Die Gebühren sollen ermäßigt worden. Leider seien wieder die Dampferkonzessionen auf dem Nil und Euphrat an Engländer vergeben. Redner tritt dann eingehend für die Mannesmannschen Ansprüche ein.

Abg. **David** (Soz.): Die Herren sollten jetzt wirklich aufhören, diesen Standpunkt zu vertreten. Formale Rechtsgründe stehen den Herren Mannesmann nicht zur Seite, höchstens Billigkeitsgründe. Dem Auswärtigen Amte irgendwie Komplimente zu machen, haben wir keinen Grund, schon nicht wegen der Frage der Ausweisungspraxis. Weiter geht Redner ausführlich auf unser Verhältnis zu England ein, auf das Wettrüsten, das ein Resultat unserer Flottentreiberei sei. Neun Zehntel des deutschen Volkes stehen auf dem Standpunkt, daß sie weder mit England, noch mit einem anderen Staate Krieg wünschen.

Staatssekretär **v. Schoen:** Herrn Arning bemerke ich auf seine Fragen: Die Verhandlungen über die Grenzregulierung zwischen Deutsch-Ostafrika und dem Kongogebiete sind nach kurzer Unterbrechung wieder aufgenommen und werden hoffentlich zu einem Resultat führen. Die Konzessions-Verlängerung für die Suez-Kanal-Gesellschaft, die jedenfalls dieser Gesellschaft oneröse Opfer auferlegen wird, verfolgen wir mit Aufmerksamkeit. Wir sind mit anderen beteiligten Staaten in Verbindung getreten und hoffen, auf diesem Wege einen befriedigenden Ausgleich zwischen den Interessen der Gesellschaft und den Schiffahrts-Interessen zu finden.

Hierauf wird die Debatte geschlossen und der Titel Staatssekretär genehmigt. Persönlich verwahrt sich Abg. v. Liebermann dagegen, gegen Herrn v. Schoen boshaften Klatsch vorgebracht zu haben. Ferner erklärt

Abg. **Hanssen** (Däne): Der Staatssekretär hat mir Belehrungen über meine staatsbürgerlichen Pflichten geben wollen. Ich weise diese Belehrung zurück.

Bei einem weiteren Titel bemerkt

Abg. **Gothein** (Fortschr. Vp.): Das Auswärtige Amt möchte seine Zirkel nicht gestört wissen. Dies geschieht aber, wenn beispielsweise ein preußischer Handelsminister sich herstellt und erklärt: Ein Kaliausfuhrzoll sei sehr erwünscht! Oder wenn von der preußischen Regierung ein deutsch-chauvinistisches Hetzblatt in unserer Nordmark unterstützt wird! Oder wenn Oesterreich durch unser Schiffahrtsabgabenprojekt verletzt wird! Durch alle solchen Dinge bekommen unsere Vertreter in Washington, in Kopenhagen, in Wien einen schweren Stand! Redner erörtert dann namentlich den entschiedenen Widerstand Oesterreichs gegen die Belastung der Elbschiffahrt mit Abgaben.

Abg. Dr. **Görcke** (Natl.) bespricht den Fall Haß in Venezuela.

Staatssekretär **v. Schoen:** Die Beschwerden des Herrn Haß haben sich, soweit sie Venezuela betreffen, als völkerrechtlich unvertretbar, soweit sie die Mission in Caracas anlangen, als unberechtigt und untergeordneter Natur erwiesen.

Der Etat des Auswärtigen Amtes wird erledigt. Es folgt der

Etat für das Reichsschatzamt.

Abg. Freiherr **v. Hertling** (Zentr.) bittet, die Cosin- und Gerstenzollfrage erst nach Ostern zu behandeln.

Abg. Prinz **zu Schönaich-Carolath** (Natl.) macht denselben Vorschlag hinsichtlich der Veteranenbeihilfenfrage.

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (Fortschr. Vp.) stimmt zu, daß diese Fragen in einer der ersten Sitzungen nach Ostern besonders verhandelt werden.

Beim Gehalt des Staatssekretärs findet eine allgemeine Aussprache statt.

Abg. **Varenhorst** (Rp.) spricht über die Mühlenumsatzsteuer.

Abg. **Stolle** (Soz.) tritt für Beseitigung der Einfuhrscheine ein.

Staatssekretär **Wermuth** teilt mit, daß über die Frage der Einfuhrscheine eine Denkschrift in kurzer Zeit ausgegeben wird.

Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt.

Die Unterstützung der Tabakarbeiter.

Ein Antrag **Albrecht** (Soz.) fordert ausreichende Unterstützung der arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter.

Ein Kompromißantrag will diese Unterstützung nur in Fällen der Hilfsbedürftigkeit gewähren.

Unterstaatssekretär **Wermuth:** Bis zum Sommer reicht der Viermillionenfonds aus; bis der Reichstag wieder zusammentritt, die weiter bewilligten 750,000 M. Sollte das nicht sein, so kann ich erklären, daß ich mich für ermächtigt halten werde, dem Notstande auch dann abzuhelfen und zwar in wohlwollender Weise, wenn der Betrag schon vorher erschöpft sein sollte. (Beifall.)

Nach kurzer Debatte wird ein Antrag der Budgetkommission angenommen, neu 750.000 Mark zur Unterstützung aller arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter einzustellen.

Die anderen Anträge werden abgelehnt.

Damit ist der Etat des Reichsschatzamts erledigt.

Es folgen die Einnahmen aus Zöllen, Steuern und Gebühren.

Abg. Dr. **Rösicke** (Kons.) bedauert, daß einzelne Städte die Schlachthofgebühren erhöhen, weil das Oktroi wegfällt.

Abg. **Gothein** (Vp.): „Wir beklagen, daß Breslau mußte", um den Ausfall zu decken, die Steuerzuschläge um 10 bis 15 Prozent erhöhen.

Um 8½ Uhr wurde die zweite Lesung des Etats zu Ende geführt. Donnerstag um 10 Uhr beginnt die dritte Lesung des Etats.

Schluß 9¼ Uhr.

Herrenhaus

4. Sitzung vom 16. März.

Präsident Freiherr **v. Manteuffel** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Am Ministertisch: v. Breitenbach, Kommissare.

Zunächst werden die neuernannten Mitglieder General **v. Bissing,** Bankdirektor **v. Gwinner** und Dr. **Krupp v. Bohlen und Halbach** vereidigt.

Beim Bericht über die Ergebnisse des Betriebes der vereinigten preußischen und hessischen Staatseisenbahnen im Rechnungsjahr 1908 schildert

der Berichterstatter Dr. **v. Burgsdorff** die gute Entwickelung der Staatseisenbahnen und gibt dem Wunsche Ausdruck, daß der Minister allen Vorstößen von sozialdemokratischer Seite unter den Eisenbahnarbeitern mit allem Nachdruck entgegentreten müsse.

Graf **Mirbach** schließt sich den Ausführungen des Berichterstatters an.

Eisenbahnminister **v. Breitenbach:** Die finanziellen Ergebnisse haben sich in der Tat unerwarteterweise gebessert. Die voraussichtliche, im Etat angesetzte Mehreinnahme von 1909 im Betrage von 83 Millionen wird um 65 Millionen überschritten werden. Bei der Bahnfrage müssen wir uns den wirtschaftlichen Verhältnissen anpassen. Die Gehälter der Beamten sind seit 1899 um 22 Prozent, die Löhne der Arbeiter um 24 Prozent gestiegen. (Hört, hört!) Mit den Löhnen dürfen wir nicht der Landwirtschaft, der Industrie und dem Handel vorauseilen. Wir gewähren den Arbeitern außer dem Lohn große Vorteile; wir halten sie in guten und in schlechten Zeiten. Weiter haben die Arbeiter bei uns die Möglichkeit, in gesicherte untere Beamtenstellen aufzurücken. Das ist sicherlich bei 9000 Arbeitern der Fall. (Beifall.)

Der Bericht wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Es folgen Eingemeindungsvorlagen. Die Gesetzentwürfe über die Erweiterung der Stadtkreise Frankfurt a. M., Essen, Köln, Ratibor, Kiel, Harburg und Magdeburg werden ohne wesentliche Debatte angenommen.

Eine Petition des Schlesischen Frauenverbandes und des Schlesischen Vereins für Frauenstimmrecht, die die Abschaffung der männlichen Stellvertretung für die bei kommunalen Wahlen stimmberechtigten Frauen verlangt, wird ohne Debatte dem Kommissionsantrag entsprechend der Regierung als Material überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Donnerstag, 17. März, 12 Uhr: Petitionen, kleinere Vorlagen.

Lokales

Es bleibt bei 100 Prozent.

Der Berliner städtische Etatsausschuß hat gestern abend seine Beratungen unter dem Vorsitz des Stadtverordnetenvorstehers Michelet in später Abendstunde beendet. Es wurde beschlossen, die Gemeindeeinkommensteuer statt wie vom Magistrat vorgeschlagen mit 105 Prozent **mit 100 Prozent in den Etat einzustellen.** Die Gewerbe- sowie Grund- und Gebäudesteuern sollen ebenfalls statt mit 155 Prozent, mit 150 Prozent erhoben werden. Dafür wurden statt 500 000 Mark bei der Wertzuwachssteuer eine volle Million Mark in den Etat eingestellt. Das Ergebnis der Gewerbesteuer würde sich danach um etwa 400 000 Mark und das der Grundsteuer um rund 800 000 Mark niedriger im Etat stellen. Bei der Gemeindeeinkommensteuer erwartet man auch bei 100 pCt. ein genügendes Aufkommen in Höhe von rund 40½ Million Mark zur Balanzierung des Etats. Die Fehlbeträge in Höhe von 1¼ Million Mark sind durch Abstriche und Erhöhung einiger Positionen (Wertzuwachssteuer usw.) ausgeglichen worden. So wurden gestern abend bei der Kapital- und Schuldenverwaltung an Zinsen von den Barbeständen und des Grundstückserwerbungsfonds 100 000 Mark mehr, insgesamt 1 100 000 Mark in den Etat eingestellt und im Etat der Kanalisationswerke 43 000 Mark für die Erweiterung des Sägewerkes, Herstellung einer Holztrockenanlage und Aufstellung von Tischlereimaschinen gestrichen. Vorher waren schon einige Bauraten in Höhe von 600 000 Mark abgesetzt worden.

Gestern abend wurden noch folgende Anträge angenommen: „Den Magistrat zu ersuchen, der Stadtverordnetenversammlung baldmöglichst und alljährlich über die wirtschaftlichen Ergebnisse jedes einzelnen industriellen Betriebes der Rieselgüter eine nach kaufmännischen Grundsätzen aufgestellte Rechnung vorzulegen." Ferner: „Die Versammlung ersucht den Magistrat zu erwägen, ob nicht der Zentralverein für Arbeitsnachweis zu verstadtlichen sei."

Bei den gestrigen Wahlmänner-Ersatzwahlen im sechsten Berliner Landtagswahlbezirk wurden die Kandidaten der Sozialdemokraten gewählt. Die Freisinnigen hatten von einer Beteiligung an den Wahlen Abstand genommen.

Ein neues Postamt in der Friedrichstadt. Das neue Postamt in der Französischen Straße 9—12 ist nahezu vollendet und wird am Osterfest eröffnet. Mit seiner mehr als 45 Meter langen Front macht es schon jetzt einen stattlichen Eindruck. In deutscher Renaissance in Backstein und Sandstein ausgeführt, wird die Fassade durch drei Risalite mit erkerartiger Anordnung, einem Türmchen als Dachreiter usw. gegliedert und belebt. Schon jetzt ist das neue Posthaus eines der geräumigsten und ausgedehntesten. Am 1. Oktober 1910 nach Lösung laufender Mietsverträge beginnt der zweite Bauabschnitt, in dem das Gebäude eine zweite Fassade nach der Jägerstraße 67/68 erhält. Dann wird das Postamt nicht nur eines der größten, sondern auch eines der für das Publikum am zweckmäßigsten eingerichteten Postgebäude bilden.

Die Admiralspalastaktiengesellschaft, das in der Entstehung begriffene neue Vergnügungsetablissement, hat jetzt einen artistischen Leiter erhalten. Direktor Leo Bartuschek, zurzeit erster Vorsitzender des Internationalen Variététheater-Direktorenverbandes und derzeitiger Leiter des Zentralhallenvariétés, wurde hierzu gewählt.

Für die Sonntagsruhe an den Oster- und Pfingstfeiertagen 1910 erläßt der Polizeipräsident besondere Bestimmungen. Danach dürfen an den ersten Feiertagen im Handelsgewerbe, soweit der Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen stattfindet, Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter nur nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen und während folgender Zeiträume beschäftigt werden: 1. Im Milchhandel: a) in Berlin, Charlottenburg, Rixdorf, Deutsch-Wilmersdorf, Lichtenberg und Stralau von 5—10 Uhr vormittags und von 12—2 Uhr nachmittags; b) in Schöneberg und Boxhagen-Rummelsburg von 5—9½ Uhr vormittags und von 11½—2 Uhr nachmittags; 2. im Handel mit Back- und Konditorwaren einschließlich Konfitüren und mit Fleischwaren a) von 5—10 Uhr vormittags; b) von 5—9½ Uhr vormittags; 3. im Handel mit Kolonialwaren, mit Vorkostwaren, mit Bier und Wein, mit Tabak und Zigarren a) von 8—10 Uhr vormittags; b) von 7½—9½ Uhr vormittags; 4. im Handel mit Roheis a) von 6—10 Uhr vormittags; b) von 6—9½ Uhr vormittags; 5. in den Zeitungsspeditionen von 4—9 Uhr vormittags; 6. Im Blumenhandel ist die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern am ersten Osterfeiertage: a) von 9—10 Uhr vormittags und von 12 bis 2 Uhr nachmittags, b) von 8½ bis 9½ Uhr vormittags und von 12 bis 2 Uhr nachmittags, am ersten Pfingstfeiertage a) von 8 bis 10 Uhr vormittags, b) von 7½ bis 9½ Uhr vormittags gestattet. — Am zweiten Oster- und Pfingstfeiertage finden lediglich die allgemeinen Vorschriften über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe Anwendung, wie sie an den gewöhnlichen Sonntagen gelten.

Der Verein der Deutschen Kaufleute veranstaltete am letzten Dienstag eine öffentliche Versammlung, die sich mit der Pensionsfrage beschäftigte. Es wurde nach langer Debatte folgende Resolution angenommen:

„Die vom Verein der Deutschen Kaufleute am 15. März nach den Arminhallen in Berlin einberufene und von männlichen und weiblichen Privatangestellten stark besuchte Versammlung protestiert energisch gegen die Erklärungen des Vorsitzenden der Siebenerkommission des Hauptausschusses zur Herbeiführung der staatlichen Pensionsversicherung für die Privatangestellten, Herrn Bechly, nach welchen der Hauptausschuß mit seinen Forderungen auf die niederen Privatangestellten keine Rücksicht nehmen kann. Die Versammlung bedauert, daß der Kaufmännische Verband für weibliche Angestellte gegen diese die weiblichen Angestellten treffenden und sie verhöhnenden Aeußerungen bisher nichts unternomen hat. Vom Reichstage erwarten die Versammelten, daß er der weiteren Verschleppung der Angestelltenversicherung wirksam entgegentritt und die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung in der Reichsversicherungsordnung so ausgestaltet, daß den berechtigten Forderungen der Angestellten entsprochen wird. Die Versammlung fordert, das Reichsamt des Innern möge bei eventuell stattfindenden Vorbereitungen über die Durchführung der Versicherung der Privatangestellten nicht nur die Siebenerkommission des Hauptausschusses, sondern auch die Vertreter der freien Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatbeamten heranziehen."

Die Neuerung im Fernverkehr Groß-Berlins — Abfertigung von Personen und Reisegepäck von und nach Berliner Vorortbahnhöfen — die, wie gemeldet, am 1. Mai d. J. in Kraft tritt, ist in den „Deutschen Eisenbahn-, Personen- und Gepäcktarif" aufgenommen worden. Es sind im ganzen 60 Vorortstationen (im Umkreise von rund 20 Kilometern um Berlin), nach und von denen künftig auf Fahrkarten erster bis vierter Klasse Reisegepäck abgefertigt werden wird. Der Nachtrag zählt sie namentlich auf und gibt hinter jeder Station die Nummer der Vorortstrecke an, nach der die Höhe der Gepäckfracht im Einzelfalle zu ersehen ist. Zur Erläuterung des neuen Verfahrens wird unter anderem folgendes beigefügt: Die Abfertigung und Beförderung erfolgt in der Regel über Berlin, wenn nicht etwa die Reise ohne Berührung der Reichshauptstadt über einen der Fernstation näher gelegenen Uebergangspunkt ausgeführt wird. In diesem Falle kann auf Antrag die Abfertigung des Gepäcks über die zwischen der Vorort- und Fernzugstrecke liegende Uebergangsstation erfolgen, und es wird nur die tarifmäßige Gepäckfracht für Berlin erhoben. Findet die Abfertigung und Beförderung über Berlin statt, so wird neben der Gepäckfracht für Berlin noch eine besondere Gebühr für die Zuführung nach und von der Vorortstation erhoben.

Das Großfeuer in der Köpenicker Straße, über das wir berichteten, hat großen Schaden angerichtet. Auf der Brandstelle in der Köpenicker Straße 21 war die Feuerwehr noch gestern mittag mit einer Schlauchleitung tätig, um das an einzelnen Stellen immer noch weiter glimmende Feuer vollständig abzulöschen. Das Mauerwerk der beiden Obergeschosse ist von der großen Hitze mürbe geworden und muß wahrscheinlich abgetragen werden. Abgesehen von diesem Hausschaden, erleidet die Putzfedernfabrik von Radtke und Bergmann Schaden. Ihr im zweiten Stockwerk belegener, 60 Meter langer und 15 Meter breiter Trockenraum brannte vollständig aus. Da sich jedoch die Lager- und Arbeitsräume im Erdgeschoß befinden, kann die Firma ihren Betrieb aufrechterhalten. Dies ist bei der Kistenfabrik von Spielhagen weniger möglich, da hier die Transmissionen und alle Maschinen vollständig vernichtet wurden.

Explosion in einem chemischen Laboratorium. Ein Unglücksfall, der durch das Experimentieren mit fetthaltigen chemischen Substanzen hervorgerufen wurde, ereignete sich gestern nachmittag in Charlottenburg. In dem Laboratorium der Vereinigten chemischen Werke, Salzufer 16, war der Chemiker Dr. v. Schönthan, ein Sohn des bekannten Lustspieldichters Franz v. Schönthan, mit der Zusammenstellung eines Präparates beschäftigt, das aus Fetten und Säuren bestand, die in erhitztem Zustande vermischt werden mußten. Plötzlich explodierte die Retorte, die die Mischung enthielt, und die heißen Flüssigkeiten ergossen sich über die Hände und das Gesicht des daneben stehenden Chemikers. Dr. v. Schönthan, der einen Ohnmachtsanfall erlitt, wurde von einem Arzt verbunden und nach seiner Wohnung Eisenacherstraße 100 übergeführt. Die Ursache der Explosion ist noch nicht aufgeklärt.

Der Lapsus eines Richters. Zu einem drolligen Rechtspruch verführte sprachliches Mißverständnis einen Richter am Amtsgericht Berlin-Mitte. Ein Fleischermeister hatte der „Allg. Fl.-Ztg." zufolge die Freigabe gepfändeter Gegenstände, die er zur Fortsetzung seiner Erwerbstätigkeit gebrauche, beantragt und u. a. einen Wiegeblock freibekommen. Darauf forderte der Meister auch eine Wiegeschale. Dies lehnte der betreffende Amtsrichter ab und begründete diese Ablehnung, wie er ausdrücklich erklärte, nach eigener Sachkunde, in folgender Weise: „Dem Kläger ist bereits ein Wiegeblock freigegeben worden. Diesen mag er nicht nur zum Wiegen von Fleisch in größeren Massen, sondern auch zum Wurstwiegen benutzen." — Der Wiegeblock, Herr Amtsrichter, ist etwas ganz anderes; er ist ein Klotz für das Zerkleinern des Fleisches, und die Wiegeschale ist ein Teil der Wage.

Anklage gegen Bruhn. Es dürfte noch in Erinnerung sein, daß nach dem Schuwardt-Dahsel-Prozeß gegen den Verleger der „Wahrheit" Wilhelm Bruhn ein Ermittelungsverfahren eingeleitet worden war, das die Eröffnung der Voruntersuchung zur Folge hatte. Es handelte sich in der Affäre um etwaige Manipulationen bei Aufnahme von Inseraten. Wir erfahren nun, daß die Anklage gegen Bruhn bereits fertig gestellt ist. Zum Zweck der Ausarbeitung der Anklageschrift hatte Staatsanwalt Seifering einen vierwöchigen Urlaub erhalten.

Kleine Notizen. Zu dem Eifersuchtsdrama in der Brückenstraße 10 wird uns mitgeteilt, daß der 48 Jahre alte Schlossergeselle Adolf Urban sich selbst der Kriminalpolizei gestellt hat. — Heinrich Janz, der in Bühnenkreisen bekannte Wirt aus der Wallnertheaterstraße, der, im 56. Lebensjahre verstorben ist, wurde gestern auf dem Georgenkirchhof unter großer Beteiligung zur letzten Ruhe bestattet. Pfarrer Köster hielt die Gedächtnisrede. — In den Berliner Elektrizitätswerken entstand gestern nachmittag in einer elektrischen Anlage Kurzschluß. Hierbei erlitt der 20jährige Monteur Wilhelm Röschke aus der